

## Inhaltsübersicht

<i>Kapitel 1:</i> Gegenstand und Gang der Abhandlung .....	45
<i>Kapitel 2:</i> Der wirksamkeitsverpflichtete Schutz der Menschenrechte durch die EMRK .....	63
<i>Kapitel 3:</i> Auslegungsstand und Grundprobleme des Rechts auf konkrete und wirksame Verteidigung .....	158
<i>Kapitel 4:</i> Das Recht auf konkrete und wirksame Teilhabe durch Verteidigung.....	339
<i>Kapitel 5:</i> Die vermittelte Teilhabe durch formelle Verteidigung.....	494
<i>Kapitel 6:</i> Der Schutzbereich des Rechts auf Teilhabe durch Verteidigung.....	588
<i>Kapitel 7:</i> Die Schranken des Rechts auf Teilhabe durch Verteidigung.....	669
<i>Kapitel 8:</i> Der Verzicht auf strafprozessuale Teilhaberechte und die Sanktionierung versäumter Mitwirkungsobliegenheiten .....	739
<i>Kapitel 9:</i> Exemplifizierung anhand ausgewählter Detailfragen mit besonderer Bedeutung für eine effektive Teilhabe durch Verteidigung.....	789
<i>Kapitel 10:</i> Ergebnisse und Perspektiven .....	920
Schrifttumsverzeichnis .....	930
Sachwortverzeichnis .....	987



# Inhaltsverzeichnis

## *Kapitel 1*

<b>Gegenstand und Gang der Abhandlung</b>	45
§ 1 Einführung in Problemstellung und Methode.....	45
I. Das Recht auf konkrete und wirksame Verteidigung des Art. 6 EMRK im Kontext des insgesamt fairen und europäisierten Strafverfahrens .....	45
II. Die Aufarbeitung struktureller Grundlagen des fairen Strafverfahrens unter Berücksichtigung des fortentwickelten Selbstverständnisses der EMRK .....	55
§ 2 Gang der Untersuchung.....	60

## *Kapitel 2*

<b>Der wirksamkeitsverpflichtete Schutz der Menschenrechte durch die EMRK</b>	63
§ 1 Grundlagen und Anwendungsebenen der EMRK.....	63
I. Der regionale Menschenrechtsschutz der EMRK .....	63
1. Entstehung und rechtliche Einordnung.....	63
2. Bewährung und Entwicklung .....	65
II. Die Bedeutung der EMRK für den Grundrechtsschutz in der Europäischen Union insbesondere in einem europäischen Strafverfahren .....	70
§ 2 Die autonome und wirksamkeitsverpflichtete Auslegung der EMRK.....	79
I. Grundlagen und Methoden der Konventionsauslegung .....	79
1. Die autonome völkerrechtliche Auslegung.....	79
2. Die Hauptauslegungsmethoden .....	81

3.	Ergänzende Erkenntnisquellen der Rechtsfindung .....	85
II.	Allgemeine Maximen der Konventionsauslegung .....	89
1.	Konkrete und wirksame Auslegung.....	89
2.	Dynamische bzw. evolutive Auslegung.....	91
3.	Prinzip der Subsidiarität, <i>margin of appreciation</i> und <i>4th instance doctrine</i> .....	93
4.	Günstigkeitsprinzip und Mindeststandard .....	96
III.	Die Auslegung der EMRK zwischen Evolution und Mindeststandard .....	98
1.	Autonome Auslegung versus eigenständige nationale Umsetzung .....	98
2.	Die Aussagekraft der konkreten und wirksamen Auslegung .....	103
a)	Anwendungen und Strukturen der Maxime in der Rechtsprechung des EGMR .....	104
aa)	Einbeziehung der praktischen Durchsetzbarkeit .....	106
bb)	Im Besonderen: Ableitung von Pflichten zur Hinwirkung auf die effektive Wahrnehmbarkeit der garantierten Menschenrechte .....	108
cc)	Wahrung der Verhältnismäßigkeit bei der Prüfung von Einschränkungen.....	111
b)	Grenzen und Grundaussagen der konkreten und wirksamen Auslegung.....	112
aa)	Vervollständigung bestehender Rechte, keine Kreation neuer Rechte .....	112
bb)	Erfolgsbezogene und entwicklungsoffene Entfaltung anerkannter Rechte .....	115
cc)	Einbeziehung der Verwirklichungsbedingungen in den Schutzbereich der garantierten Konventionsrechte .....	116
(1)	Individuelle Praktikabilität der Konventionsrechte .....	116

Inhaltsverzeichnis	13
(2) Reichweite und Maßstäbe der Schutzbereichskonkretisierung .....	120
(3) Zum Einwand mangelnder Rechtssicherheit.....	122
dd) Bewahrung der Rechte bei der Erwägung von Einschränkungen.....	123
(1) Verhältnismäßigkeit als Ausdruck konkreter und wirksamer Rechtsgewährung .....	123
(2) Konkretisierung durch die Hinterfragung der Menschenrechtsneutralität.....	127
ee) Möglichkeit detaillierterer Standards bei Art. 6 EMRK .....	130
c) Zusammenfassung .....	133
3. Die Deutung der EMRK als <i>reiner</i> Mindeststandard.....	134
a) Mindeststandardgedanke als Auslegungsregel.....	134
b) Beschreibung als Mindeststandard am Beispiel des Art. 6 EMRK.....	141
aa) Ausprägungen der Wahrnehmung als Mindeststandard.....	141
bb) Problematik der zurückgesetzten Wahrnehmung der mensenrechtlichen Standards .....	143
4. Die einzelfallbezogenen Begründungen des EGMR und die gebotene dogmatische Durchdringung der EMRK .....	146
a) Begründetheit der gegenüber dem EGMR erhobenen Kritik .....	148
b) Gebotene Umsetzung der begründeten Einwände.....	152
IV. Zusammenfassung und Programm: Die autonome und wirksamkeitsverpflichtete Auslegung der Konventionsrechte.....	154
1. Zusammenfassung zum Kapitel 2 § 2.....	154
2. Gebotene wissenschaftliche Aufarbeitung.....	155

*Kapitel 3***Auslegungsstand und Grundprobleme des Rechts  
auf konkrete und wirksame Verteidigung**

158

§ 1 Die Einbettung der Verteidigungsrechte in das Gesamtrecht des Art. 6 EMRK ..	159
I. Die Verteidigungsrechte als konstitutive Teilrechte des fairen Strafverfahrens .....	159
II. Die Analyse der Verteidigungsrechte im Lichte des gesamten Art. 6 EMRK .....	164
§ 2 Der gegenständliche und zeitliche Anwendungsbereich des Rechts auf ein fares Strafverfahren .....	165
I. Der Anwendungsbereich des Art. 6 EMRK in strafrechtlicher Hinsicht .....	166
1. Die Rechtsprechung des EGMR zur strafrechtlichen Anklage .....	166
a) Einstufung der Verfehlung durch die nationale Rechtsordnung....	168
b) Natur der Verfehlung .....	169
c) Art und die Schwere der angedrohten Sanktion .....	171
d) Gesamtwürdigung der Kriterien.....	173
2. Kritik und Neuansätze ( <i>Stavros, Trechsel</i> ) im Schrifttum .....	174
3. Kritik der tendenziell ausdehnenden Auslegung durch den EGMR unter dem Gesichtspunkt des <i>watering down effects</i> .....	176
a) Problematik des watering down effects .....	177
b) Zur Möglichkeit einer Binnendifferenzierung bei der strafrechtlichen Anklage .....	179
aa) Verfehltheit der Binnendifferenzierung de lege lata .....	179
bb) Zum gebotenen Umgang mit dem „erweiterten Anwendungsbereich“ .....	184
4. Zusammenfassung .....	187
II. Der zeitliche Anwendungsbereich des Art. 6 EMRK .....	187

Inhaltsverzeichnis	15
1. Die Anwendung des Art. 6 EMRK auf die einzelnen Verfahrensstadien .....	188
2. Entwicklung und Stand von Rechtsprechung und Schrifttum zur Anwendbarkeit des Art. 6 EMRK in Ermittlungsverfahren.....	191
a) Materielle Auslegung des Anklagebegriffs.....	192
b) Differenzierende Anwendung in Ermittlungsverfahren im Anschluss an den materiellen Anklagebegriff.....	195
3. Würdigung der heutigen Erstreckung auf die Ermittlungsverfahren ....	199
a) Anerkennung der prinzipiellen Anwendbarkeit .....	199
b) Ungenügender Ausgleich von Entkernungen der Hauptverhandlung bei einer entwicklungsoffenen und wirksamkeitsverpflichteten Auslegung .....	200
c) Gebotene teilrechtsdifferenzierte Bestimmung des Anklagebegriffs .....	205
d) Überfrachtung des Anklagebegriffs mit speziellen Handlungsgeboten des Art. 6 EMRK.....	209
4. Zusammenfassung .....	211
§ 3 Das Recht auf konkrete und wirksame Verteidigung im Kontext des Art. 6 EMRK .....	213
I. Die gerichtsbezogenen Garantien des Art. 6 EMRK .....	213
1. Der Zugang zu einem gerichtlichen Strafverfahren .....	213
2. Das unabhängige, unparteiische und auf Gesetz beruhende Gericht.....	215
3. Die Öffentlichkeit von Verhandlung und Verkündung.....	220
II. Die flankierenden Verfahrensrechte .....	222
1. Das Recht auf eine Verhandlung innerhalb angemessener Frist .....	223
2. Die Unschuldsvermutung .....	228

III. Die Auslegung der benannten Verteidigungsrechte (Art. 6 III EMRK).....	233
1. Der Informationsanspruch des Art. 6 III lit. a EMRK .....	233
a) Zielsetzung des Teilrechts.....	233
b) Zeitpunkt der Information.....	235
c) Art und Weise der Information .....	236
2. Die Vorbereitungsgarantie des Art. 6 III lit. b EMRK.....	238
a) Zielsetzung des Teilrechts.....	238
b) Anforderungen der Garantie im Einzelnen .....	239
c) Recht auf Offenlegung der dem Staat zugänglichen Beweismaterialien.....	243
3. Die von Art. 6 III lit. c EMRK gewährten Verteidigungsformen .....	252
a) Recht auf Selbstverteidigung .....	253
b) Recht auf formelle Wahlverteidigung.....	255
c) Recht auf den Beistand eines staatlich bestellten Verteidigers .....	264
aa) Andauernde Mittellosigkeit des Angeklagten .....	264
bb) Erforderlichkeit im Interesse der Verfahrensgerechtigkeit ...	265
cc) Auswahl und Rechtsstellung des staatlich bestellten Verteidigers .....	269
d) Subsidiäre Verantwortung des Staates für die konkrete und wirksame formelle Verteidigung .....	271
4. Die Anforderungen an den Zeugenbeweis gemäß Art. 6 III lit. d EMRK .....	274
a) Waffengleiches Recht auf Ladung und Vernehmung von Entlastungszeugen .....	276
b) Konfrontationsrecht hinsichtlich des Belastungszeugen .....	278



Inhaltsverzeichnis	17
5. Die unentgeltliche Beiziehung eines Dolmetschers (Art. 6 III lit. e EMRK).....	287
IV. Die ergänzende Ableitung unbenannter Verteidigungsrechte aus dem Gesamtrecht auf ein faires Strafverfahren gemäß Art. 6 I 1 EMRK.....	290
1. Das Recht auf ein faires Strafverfahren als integrales Menschenrecht .	290
2. Das Recht auf Anwesenheit und Teilhabe .....	294
a) Anerkennung des Anwesenheitsrechts.....	294
b) Fortentwicklung zum Recht auf effektive Verfahrensteilhabe.....	299
3. Das rechtliche Gehör .....	301
a) Mitwirkungsrecht im Strafverfahren.....	301
b) Würdigung und Begründung durch das Strafgericht.....	303
4. Das Rechtsprinzip der Waffengleichheit .....	305
5. Die Gesetzlichkeitsmaxime des Strafverfahrens.....	310
6. Das Recht zu schweigen und sich nicht selbst belasten zu müssen .....	312
7. Vorgaben des Art. 6 EMRK für das Beweisrecht .....	319
§ 4 Würdigung der heutigen Ausdifferenzierung des Art. 6 EMRK .....	325
I. Offene Grundfragen der Verteidigungsrechte des Art. 6 EMRK.....	325
1. Das unbekannt herausragende Gesamtrecht und die Gesamtbetrachtung .....	326
2. Die zentrale Verwirklichung der Angeklagtenrechte über den Verteidiger.....	333
II. Erforderliche Aufarbeitungen.....	335
<i>Kapitel 4</i>	
<b>Das Recht auf konkrete und wirksame Teilhabe durch Verteidigung</b>	339
§ 1 Fairness gemäß Art. 6 EMRK als Recht auf Teilhabe.....	339

I.	Die Konzentration auf die Fairness des Strafverfahrens .....	341
II.	Begründungslinien des Menschenrechts auf ein faires Strafverfahren .....	344
1.	Das angelsächsische Verständnis des fairen Strafverfahrens: Parteiprozess und <i>natural justice</i> .....	344
2.	Das reformierte kontinentaleuropäische Inquisitionsverfahren: Prozesssubjektivität und Justizförmigkeit.....	349
3.	Die Würde des Menschen als Grund aller Menschenrechte ( <i>Immanuel Kant</i> ).....	353
4.	Das gerichtliche Strafverfahren als konstitutive Voraussetzung staatlicher Strafe ( <i>G.W.F. Hegel</i> ).....	357
5.	Die prozedurale Theorie der Gerechtigkeit und „Legitimation durch Verfahren“ .....	363
6.	„ <i>Justice as fairness</i> “: Prozedurale Gerechtigkeit nach <i>John Rawls</i> .....	366
III.	Das Recht auf ein faires Strafverfahren des Art. 6 EMRK als Teilhaberecht .....	369
1.	Das Recht auf ein faires Verfahren als prozedurale Ausgleichspflicht des Staates bei der Legitimation der Strafe.....	370
a)	Herausragender Rang des fairen Strafverfahrens.....	370
aa)	Besonderer Begründungsbedarf bei der zulässigen strafrechtlichen Konfliktlösung.....	371
bb)	Vornehmlich prozeduraler Begründungsansatz der EMRK..	373
cc)	Ausgleich der Defizite des Entscheidungskriteriums und des idealen Strafrechts .....	375
dd)	Zwischenfazit.....	381
b)	Zum Gebot der weiten Auslegung des Rechts auf ein faires Verfahren.....	381

2. Der Grundgehalt des fairen Strafverfahrens: Das Recht auf Verfahrensteilhabe.....	383
a) Integrales Verständnis des Art. 6 EMRK.....	383
b) Faires Strafverfahren als Teilhabe gewährendes Strafverfahren ...	387
aa) Teilhabe am Prozess des Richtens .....	389
bb) Präzisierung in der Auseinandersetzung mit möglichen Einwänden .....	393
c) Bestätigung des Teilhabeansatzes durch die Rechtsprechung des EGMR.....	397
d) Innere Struktur des Teilhaberechts des Art. 6 EMRK.....	402
aa) Rechte des Teilhaberrahmens.....	403
bb) Ausprägungen der Teilhabe durch Verteidigung .....	408
e) Qualifizierungen der konkreten und wirksamen Teilhabe .....	410
aa) Teilhabe im Licht der konkreten und wirksamen Auslegung.....	410
bb) Teilhabe hinsichtlich des Maßes von Schuldzuschreibung und Bestrafung.....	413
cc) Teilhabe als umfassende Prozesssubjektivität.....	414
dd) Umfassende Teilhabe im Konflikt mit der Positivität und der Bestimmtheit des einfachgesetzlichen Verfahrensrechts	417
ee) Systematisierte Teilhabe im Konflikt mit der Offenheit der Fairness .....	422
3. Zusammenfassung: Das Recht auf konkrete und wirksame Teilhabe...	425
§ 2 Die Verwirklichung des Teilhaberechts mit Hilfe der Gesamtbetrachtung .....	427
I. Die Gesamtbetrachtung in der Rechtsprechung des EGMR .....	428
1. Anwendungsbereiche und Funktionen der Gesamtbetrachtung .....	428

a)	Ökonomische Prüfung einer Verletzung des fairen Verfahrens....	428
b)	Additiv begründete Verletzungen der Verfahrensfairness .....	430
c)	Gesamtbetrachtung hinsichtlich des Beweisrechts.....	431
d)	Forderung einer spezifischen Fairnessverletzung .....	432
e)	Integration divergierender prozeduraler Systeme, Abläufe und Institute.....	433
f)	Differenzierte Erfassung von Rechtsmittelverfahren .....	436
g)	Möglichkeit der Heilung latenter Verletzungen.....	438
2.	Ausdeutung und Kritik der Gesamtbetrachtung im Schrifttum.....	440
II.	Die Gesamtbetrachtung als reine Prüfungsmethode .....	442
III.	Die Eigenständigkeit der konstituierenden Teilrechte des Teilhabe gewährenden Verfahrens und ihre Prüfung über die Gesamtbetrachtung.....	447
IV.	Die Heilung im Kontext konkreter und wirksamer Verfahrensteilhabe.....	451
V.	Die Gesamtbetrachtung der Ermittlungsverfahren.....	455
VI.	Zusammenfassung .....	459
§ 3	Die Reichweite der Modelloffenheit des Art. 6 EMRK und die Wechselwirkung mit dem nationalen Verfahrensrecht .....	461
I.	Die prozessmodellunabhängige Garantie wirksamer Rechte .....	462
1.	Bindende Verpflichtung zur Organisation wirksamer Rechte .....	462
2.	Aufgabe der freien Modellwahl? .....	466
II.	Die These der Surrogation autonomer Teilhabe durch die materielle Verteidigung reformierter Inquisitionsprozesse.....	468
1.	Objektive Schutzprinzipien des reformierten Inquisitionsprozesses.....	469
2.	Bedenken an der mitbegründenden Entgegensetzung zum Parteiprozess.....	471
3.	Unzulässigkeit der wahlweisen Surrogation .....	477

Inhaltsverzeichnis	21
4. Bedeutungen materieller Verteidigung gemäß Art. 6 EMRK	483
III. Die Wechselwirkung zwischen Art. 6 EMRK und dem nationalen Prozessrecht	487
1. Die konkretisierende Wechselwirkung mit dem gewählten Umsetzungskonzept	487
2. Die Selbstbindung an die gewählte Prozesskonzeption	489
3. Konsequenzen für die Aufarbeitung konventionsrechtlicher Maßstäbe	492
IV. Zusammenfassung	492

### *Kapitel 5*

<b>Die vermittelte Teilhabe durch formelle Verteidigung</b>	494
§ 1 Formelle Verteidigung als zentrale und vermittelte Form der Verfahrensteilhabe	494
§ 2 Die formelle Verteidigung in der Rechtsprechung des EGMR und in der prozesswissenschaftlichen Diskussion	497
I. Die prozessuale Stellung des Verteidigers in der Rechtsprechung des EGMR	497
II. Die Funktionen formeller Verteidigung	502
1. Ermöglichung der Verfahrensteilhabe als Prozesssubjektsgehilfe	502
2. Kontrolle und Wahrung der Justizförmigkeit	504
3. Vertretungs- und Fürsprechfunktion bei der Ausübung der Teilhaberechte	505
4. Bewahrung autonomer Verfahrensteilhabe durch Vermittlung	506
5. Inanspruchnahme als spezieller procedural safeguard	508
6. Allgemeiner Beistand insbesondere bei Untersuchungshaft	509
III. Die Diskussion des Verfahrensinstituts der formellen Verteidigung	509

1.	Verteidiger als unabhängiges Organ der Rechtspflege .....	510
2.	Verteidiger als Beistand und Anwalt von Parteiinteressen .....	513
3.	Ablehnung vorgelagerter theoretischer Leitkonzepte .....	515
§ 3	Formelle Verteidigung als vermittelte Verstärkung des Teilhaberechts .....	517
I.	Das Menschenrecht des Art. 6 EMRK als begründender Maßstab der prozessualen Stellung des Verteidigers .....	517
1.	Das Menschenrecht als Anfangsgrund der Verteidigerstellung .....	518
2.	Die Konsequenzen für die Frage der Inpflichtnahme des Verteidigers.	522
3.	Einwände gegen die hier vertretene Auffassung.....	523
4.	Zwischenfazit .....	528
II.	Die Unabhängigkeit des Verteidigers als der wirksamen Teilhabe durch Verteidigung dienendes Erfordernis .....	528
1.	Bedeutung des nationalen Berufsrechts („Standesrechts“) .....	529
2.	Grundkonflikt zwischen Rechtsinhaberschaft und Unabhängigkeit .....	532
a)	Orientierung am Willen des Rechtsinhabers .....	532
b)	Konkretisierung in Auseinandersetzung mit möglichen Einwänden .....	534
3.	Unabhängigkeit als selbständig zu würdigende Rechtsbindung .....	538
4.	Konkretisierung der Rechtsbindung bezüglich Lüge und Irreführung ..	542
5.	Zusammenfassung .....	546
III.	Die praktische Realisierbarkeit der menschenrechtlichen Verteidigerkonzeption .....	547
1.	Die Berücksichtigung der Autonomiedefizite des Angeklagten .....	547
2.	Die prozessuale Realisierbarkeit einer gebundenen formellen Verteidigung .....	549

Inhaltsverzeichnis	23
a) Realisierung im Wege des Verzichts auf eine andere Verteidigung .....	549
b) Ausprägung von dokumentierten Belehrungspflichten zur Abstützung des Willensvorrangs .....	550
c) Zur Sonderkonstellation der eingeschränkten Teilhabe des Angeklagten.....	553
IV. Die Grenzen des Verteidigerhandelns .....	554
§ 4 Grundfragen von Wahlverteidigung und staatlich zu tragender Verteidigung.....	557
I. Die notwendige Wahlverteidigung des Art. 6 EMRK .....	557
II. Schranken der Aufdrängung formeller Verteidigung.....	559
1. Prinzipiell unzulässige Aufdrängung formeller Verteidigung .....	559
2. Einzelkonstellationen möglicher Einschränkungen .....	560
3. Zum Sonderfall der Verfahrensopposition.....	562
III. Die staatlich getragene Verteidigung im Interesse der Verfahrensgerechtigkeit.....	563
1. Erforderlichkeit im Interesse der Verfahrensgerechtigkeit .....	564
a) Bedeutung der Ausrichtung an der konkreten und wirksamen Verteidigung .....	564
aa) Ausrichtung an der effektiven Verteidigung.....	564
bb) Konsequenz der erweiterten Verteidigerbestellung .....	566
b) Besonderheiten bei der Untersuchungshaft.....	571
2. Zum qualitativen Anspruch der staatlich getragenen Verteidigung .....	574
a) Konkreter und wirksamer Verteidigerbeistand im Gegensatz zur optimalen formellen Verteidigung.....	575
b) Zu Schlechterstellungen infolge des Einsatzes staatlicher Ressourcen.....	578

c)	Auswahl des staatlich getragenen Verteidigers.....	580
3.	Zeitpunkt der Eröffnung der staatlich getragenen Verteidigung.....	584
§ 5	Zusammenfassung: Formelle Verteidigung als vermittelte Form konkreter und wirksamer Verfahrensteilhabe des Angeklagten .....	587

### *Kapitel 6*

	<b>Der Schutzbereich des Rechts auf Teilhabe durch Verteidigung</b>	588
§ 1	Die zu ermöglichende und konstitutive Teilhabefähigkeit des Angeklagten .....	589
I.	Das Konzept der staatlichen Pflicht zur Hinwirkung auf die Teilhabefähigkeit.....	589
1.	Grundlegung: staatliche Hinwirkungspflichten gemäß Art. 6 EMRK ..	589
2.	Zum Einwand der möglichen Überforderung durch Individualisierung.....	592
3.	Zwischenfazit und weitere Darstellung .....	593
II.	Die Pflicht zur Inkenntnissetzung über das Verfahren (Art. 6 III lit. a EMRK).....	594
1.	Problemstellung: Praktische Entbehrlichkeit des Art. 6 III lit. a EMRK .....	594
2.	Neubestimmung des Art. 6 III lit. a EMRK im Rahmen des Teilhaberechts.....	595
a)	Begründung der Subjektstellung über die Inkenntnissetzung .....	595
b)	Einschränkungen in Form des Aufschubs der Inkenntnissetzung ..	598
c)	Prüfung anhand des Einwands eines denknötwendigen Informationsvorsprungs der Ermittlungsbehörden.....	601
d)	Zusammenfassung .....	604
III.	Die unentgeltliche Dolmetscherbeziehung (Art. 6 III lit. e EMRK) .....	604
IV.	Die Eröffnung des Verteidigerbeistands (Art. 6 III lit. c EMRK).....	605



V. Weitere Fallgruppen staatlicher Verpflichtungen zur Ausräumung von Teilhabebehindernissen .....	605
1. Staatlich veranlasste situative Teilhabebehindernisse .....	606
2. Verfahrensstrukturell begründete Teilhabebehindernisse.....	607
3. Konstitutionell begründete Teilhabeerschwerernisse.....	607
VI. Die konstitutive Bedeutung der Teilhabefähigkeit .....	609
1. Das Problem der nicht herzustellenden Teilhabefähigkeit.....	609
2. Beurteilung vom Standpunkt eines Teilhabe gewährenden Verfahrens	610
§ 2 Das Recht des Angeklagten auf Teilhabe durch Verteidigung .....	613
I. Konkrete und wirksame Teilhabe durch Verteidigung als Ausprägung des rechtlichen Gehörs des Angeklagten im Strafverfahren .....	613
1. Rechtliches Gehör als Ausgangspunkt der Teilhabe durch Verteidigung.....	613
2. Rechtliches Gehör als Verteidigung im Strafverfahren .....	615
II. Die konkretisierenden Teilrechte.....	618
1. Unmittelbare Selbstverteidigung und formelle Verteidigung .....	618
2. Ausreichende Zeit und Gelegenheit zur Vorbereitung.....	621
3. Einführung von Entlastungszeugen und Konfrontation von Belastungszeugen (Art. 6 III lit. d EMRK).....	623
a) Verhältnis zum rechtlichen Gehör .....	623
b) Kritik der allein egalisierenden Praxis hinsichtlich des Entlastungszeugens.....	624
4. Beweisführungsrechte neben Art. 6 III lit. d EMRK .....	628
5. Freie Verteidigung.....	629
a) Selbstbestimmte Verteidigung und zulässiger Verfolgungsdruck.	629

b)	Einbeziehung des Art. 10 EMRK über die Menschenrechtsverstärkung.....	631
aa)	Zur strukturell begründeten Relevanz des Art. 10 EMRK ....	631
bb)	Grundsätze der Auslegung des Art. 10 EMRK.....	634
cc)	Rückbeziehung auf die Frage des Verfolgungsdrucks im Strafverfahren und auf die so genannte Konfliktverteidigung.....	638
c)	Zusammenfassung .....	640
III.	Die Waffengleichheit als Qualifizierung des Teilhaberechts.....	641
1.	Kritik am Prinzip der Waffengleichheit.....	641
2.	Waffengleichheit als Konkretisierung der Teilhabe durch Verteidigung.....	644
a)	Zum Einwand der fehlenden Zwangsbefugnisse der Verteidigung .....	645
b)	Waffengleichheit als Konkretisierung eines effektiven rechtlichen Gehörs .....	647
3.	Waffengleiche Teilhabe als strikte Gleichheit in allen Prozesstypen ...	650
a)	Irrelevanz des Prozessmodells .....	650
b)	Zum Gleichheitsmaßstab der Waffengleichheit .....	652
aa)	Formale Gleichheit bei Befugnissen bezüglich der Hauptverhandlung.....	653
bb)	Materiale Ergänzung bezüglich des möglichen Verteidigungsvortrags.....	655
4.	Zum Beispiel der Verfahrensmitwirkung gerichtlicher Sachverständiger.....	656
5.	Waffengleichheit während Ermittlungsverfahren .....	660
6.	Zusammenfassung und mögliche Umbenennung .....	661

	Inhaltsverzeichnis	27
IV.	Die justizförmige Ausprägung der Teilhabe durch Verteidigung .....	663
	<i>Kapitel 7</i>	
	<b>Die Schranken des Rechts auf Teilhabe durch Verteidigung</b>	<b>669</b>
§ 1	Immanente Begrenzungen der Teilhabe (Missbrauch von Verfahrensrechten) ....	669
	I. Das allgemeine Missbrauchsverbot des Art. 17 EMRK .....	670
	II. Schutzbereichsgrenzen und Einschränkungen bei verfahrenswidrigen oder verfahrensfremden Zielsetzungen.....	672
	1. Verfahrenswidriges Verhalten: Prozessdestruktion versus Verfahrensteilhabe.....	674
	2. Verfahrensfremdes Verhalten: Beeinträchtigungen verfahrensfremder Rechtspositionen im Zusammenhang mit dem Strafverfahren .....	679
	III. Zusammenfassung .....	681
§ 2	Allgemeine Bedingungen der äußeren Einschränkung der Teilhabe .....	683
	I. Konzeption und Anwendungsbereich allgemeiner Einschränkungsbedingungen .....	683
	II. Die Einschränkbarkeit der Teilhaberechte in der Rechtsprechung des EGMR .....	685
	1. Grundsätze der Einschränkungs begründung.....	686
	2. Gebotener Nachteilsausgleich .....	688
	3. Besonderheiten einzelner Fallgruppen.....	689
	III. Die Begründbarkeit von Einschränkungen .....	691
	1. Systematische Problematik und Begründbarkeit der Einschränkungen	691
	a) Textlich-systematische Fragwürdigkeit der Einschränkungen.....	691
	b) Begründung über die Sonderstellung des Art. 6 I 2 EMRK.....	692
	c) Begründung über die allein garantierte Gesamtbalance .....	693

aa)	Widerspruch zu einem wirksamkeitsverpflichteten Verständnis des Art. 6 EMRK .....	694
bb)	Widerspruch zur heutigen Rechtsprechung des EGMR .....	695
cc)	Teilzusammenfassung.....	697
d)	Begründung über die Einbettung in die gesamte EMRK .....	697
2.	Einschränkungen bei abgeleiteten Rechten.....	701
3.	Einschränkungen im Gegensatz zur Wahrnehmung von Regelungsvorbehalten .....	702
4.	Zum Einwand ungenügender Verhältnismäßigkeitslösungen .....	704
5.	Art und Schwere der betroffenen Straftaten .....	707
IV.	Grundbedingungen der Einschränkung von Teilhaberechten .....	710
1.	Primäre Legitimation von Einschränkungen.....	712
a)	Wichtige öffentliche Interessen im Sinne der EMRK.....	712
b)	Strikte Notwendigkeit der Einschränkung .....	715
c)	Einzelfallbezogene Darlegung der notwendigen Einschränkung ..	716
d)	Begründung durch ein Gesetz im Sinne der EMRK .....	718
aa)	Erforderlichkeit eines begründenden Gesetzes .....	718
bb)	Zum Gesetzesbegriff im Sinne der EMRK .....	720
e)	Rückbegrenzung durch den Wesensgehalt.....	723
f)	Erweiterte Einschränkungen bei Zurechenbarkeit .....	726
2.	Mitbegründender Nachteilsausgleich bei anerkannten Einschränkungen .....	727
a)	Ausgleich im Verfahren selbst.....	728
b)	Ausgleich durch konkret benannte Verfahrensinstrumente.....	729

Inhaltsverzeichnis	29
c) Ausgleich durch spezifische und geeignete Verfahrensinstrumente.....	730
d) Unmöglichkeit des Ausgleichs und mögliche Überkompensationen .....	733
3. Zusammenfassung .....	736
V. Die Abweichung im Notstandsfall gemäß Art. 15 EMRK.....	736
§ 3 Zusammenfassung zu den Kapiteln 6 und 7 .....	738

*Kapitel 8*

<b>Der Verzicht auf strafprozessuale Teilhaberechte und die Sanktionierung versäumter Mitwirkungsobliegenheiten</b>	739
§ 1 Der Verzicht auf Teilhaberechte.....	741
I. Die Bedingungen eines wirksamen Verzichts in der Rechtsprechung des EGMR .....	741
1. Eindeutige Erklärung des Verzichts.....	742
2. Mindestbedingungen einer freien Verzichtserklärung .....	744
3. Beschränkung durch wichtige öffentliche Interessen.....	746
II. Kritik und Berechtigung der Rechtsprechung des EGMR zum Verzicht.....	747
1. Kritik im Schrifttum .....	747
2. Würdigung.....	748
a) Prinzipielle Gebotenheit der Verzichtsrechtsprechung .....	748
b) Verbliebene Fragen.....	749
c) Zum Einwand des Unterlaufens der Verzichtsanforderungen.....	751
III. Die präzisierten Voraussetzungen des Verzichts auf strafprozessuale Teilhabe .....	752
1. Eindeutige Verzichtserklärung des Angeklagten oder des Verteidigers .....	752

a)	Maßstäbe des eindeutigen Verzichts.....	752
b)	Verzicht über den Verteidiger.....	756
2.	Freiheit bzw. Zurechenbarkeit der Verzichtserklärung.....	759
a)	Ausschluss staatlich herbeigeführter Willensmängel.....	761
b)	Prozedurale Absicherung der freien Verzichtsentscheidung.....	764
aa)	Konkretisierung der erforderlichen prozeduralen Schutzinstrumente.....	764
bb)	Anwendung auf den Verfahrensverzicht.....	767
3.	Unzulässigkeit des Verzichts im Ausnahmefall.....	769
§ 2	Verwirkung von Teilhaberechten neben Einschränkung und Verzicht?.....	775
I.	Die Einbeziehung von Verschuldenselementen durch die Rechtsprechung..	775
II.	Kritik und Auflösung: kein unbestimmter Rechtsverlust im Strafverfahren neben den Tatbeständen der Einschränkung und des Verzichts.....	779
1.	Wertende Einbeziehung statt Ausprägung eines eigenständigen Verwirkungstatbestands.....	779
2.	Rückbindung an die allgemeinen Einschränkungsmaßstäbe.....	780
a)	Grundbedingungen für Obliegenheiten.....	780
b)	Begründung von Obliegenheiten .....	781
c)	Obliegenheiten als Einschränkungen .....	783
d)	Kritik von Ansätzen zu einer unbestimmten Verwirkung.....	785
e)	Zusammenfassung .....	787

### *Kapitel 9*

	<b>Exemplifizierung anhand ausgewählter Detailfragen mit besonderer Bedeutung für eine effektive Teilhabe durch Verteidigung</b>	789
§ 1	Das Konsultations- und Anwesenheitsrecht des Verteidigers bei Beschuldigtenvernehmungen in Ermittlungsverfahren.....	789

	Inhaltsverzeichnis	31
I.	Der Stand der Rechtsprechung des EGMR.....	790
II.	Die Beurteilung vom Standpunkt des Teilhaberechts .....	791
	1. Konsultationsrecht bei der ersten Beschuldigtenvernehmung .....	791
	2. Anwesenheitsrecht bei der ersten Beschuldigtenvernehmung .....	794
	3. Möglichkeit und Bedingungen der Einschränkung.....	796
	4. Möglicher Verzicht und Prüfung eines Verfahrensnachteils für die Verletzung des Gesamtrechts .....	797
§ 2	Das Zusammenwirken der Teilrechte am Beispiel der Kontrollfunktion des Verteidigers bei der Verwertung konventionswidrig gewonnener Beweise .....	800
I.	Die Betrachtung unter dem Standpunkt des Art. 6 III lit. c EMRK .....	802
II.	Die Betrachtung anhand des gesamten Art. 6 EMRK.....	804
	1. Ablehnung einer prinzipiellen Ausschlussregel bei konventionswidrig erlangten Beweismitteln durch den EGMR und ihre Kritik .....	804
	2. Begründetheit und Ergänzung der Kritik .....	807
	a) Berechtigung der Einwände.....	807
	b) Ergänzung der Kritik durch die Indifferenz der Reaktion.....	812
	c) Zwischenfazit und positive Maßstabsbegründung .....	813
	3. Gesetzlicher Schuldbeweis in einem waffengleiche Teilhabe gewährenden justizförmigen Strafverfahren .....	813
	a) Begründetheit unter den Aspekten Waffengleichheit und Rechtsbindung .....	814
	b) Konkretisierung in Auseinandersetzung mit Einwänden .....	816
	c) Bestätigung durch den gesetzlichen Schuldbeweis gemäß Art. 6 II EMRK.....	817
	d) Zwischenfazit und Ausblick .....	824

§ 3	Das Zusammenwirken der Teilrechte und Grenzen legitimer Einschränkungen beim Konfrontationsrecht.....	827
I.	Effektive Konfrontation und Akteneinsicht gemäß Art. 6 I 1, III lit. d EMRK .....	828
1.	Betrachtung gemäß Art. 6 III lit. d EMRK .....	829
2.	Einbeziehung des Offenlegungsanspruchs im Kontext des rechtlichen Gehörs.....	830
3.	Berücksichtigung möglicher Einschränkungen.....	832
II.	Die effektive Konfrontation hinsichtlich der gesamten Zeugenaussage .....	833
1.	Erneute Aussage des Zeugen in der Hauptverhandlung.....	834
2.	Erhebung neuer Tatvorwürfe .....	835
3.	Geänderte Verfahrens- und Informationsstände .....	836
III.	Die Mitwirkung des Verteidigers bei der Konfrontation .....	837
IV.	Die Behandlung der unmöglichen Konfrontation des Belastungszeugen .....	839
§ 4	Die staatliche Verantwortung für die konkrete und wirksame Teilhabe durch formelle Verteidigung .....	846
I.	Realität und strukturelle Bedeutung des unzureichenden Verteidigerbeistands .....	846
II.	Grundsätze der subsidiären staatlichen Verantwortung für die konkrete und wirksame Verteidigung in der Rechtsprechung des EGMR und ihre Kritik .....	856
1.	Die positive Verpflichtung zur Herbeiführung konkreter und wirksamer formeller Verteidigung.....	856
2.	Die Reichweite der Verpflichtung in der Rechtsprechung des EGMR .	857
a)	Unwirksame Verteidigung .....	858
b)	Offenkundigkeit der unwirksamen Verteidigung.....	860



3.	Nationale Akzentsetzungen und Kritik an der Rechtsprechung des EGMR .....	862
	a) Zurückführung auf objektive Fürsorge in der deutschen Rechtsprechung und Prozessdogmatik.....	862
	b) Erweiterungsansätze in der schweizerischen und in der englischen Rechtsprechung und Lehre.....	866
	c) Zum Hintergrund der us-amerikanischen Verfassungsjudikatur ...	869
	d) Kritik des Schrifttums an der Rechtsprechung des EGMR .....	873
III.	Grundlegung: Das Recht auf Teilhabe durch formelle Verteidigung als ein vom Staat garantiertes Recht des Angeklagten.....	875
	1. Anspruch und Adressat des Rechts auf wirksame formelle Verteidigung.....	875
	a) Präzisierungsbedarf hinsichtlich der unwirksamen formellen Verteidigung .....	876
	b) Unzureichende Bestimmung des Zurechnungserfordernisses .....	877
	c) Einwände gegen eine striktere staatliche Verpflichtung .....	879
	d) Zwischenfazit.....	883
	2. Die Vereinbarkeit von unabhängiger Verteidigung und staatlicher Verantwortung.....	884
	a) Unabhängigkeit der Verteidigung als Ausgangspunkt.....	885
	b) Freiheit der Verteidigung versus staatliche Qualitätskontrolle .....	886
	c) Alternativen zur staatlichen Verteidigerüberwachung .....	887
	aa) Möglichkeit zur Rechtskontrolle.....	889
	bb) Absicherung der Zustimmung des Angeklagten zu Rechtsverlusten.....	891
	cc) Offenbarung unwirksamer Verteidigung in Rechtsmittelverfahren .....	892

dd) Absicherung durch eine Belehrung über die Maßgeblichkeit der Beschuldigtenauffassung und über Kontrollrechte .....	894
3. Zusammenfassung .....	894
IV. Der Umfang der Zurechnung unzureichender formeller Verteidigung zur staatlichen Rechtspflege im Einzelnen .....	895
1. Der Tatbestand der unwirksamen Verteidigung .....	895
a) Zu verwerfende Ansatzpunkte und Inhalte .....	895
b) Zum Ansatz an besonders schweren Verteidigerfehlern .....	897
c) Ausrichtung an den integral gewährten Rechten des Art. 6 EMRK.....	897
d) Vertiefung aus der Perspektive des Verteidigers: Verteidigerpflichten.....	900
e) Zwischenfazit.....	904
2. Die Zurechnungsgrundsätze .....	904
a) Grundsatz der Zurechnung zum Staat .....	905
b) Entlastung des Staates durch Heilung oder Isolierung des Mangels .....	908
c) Entlastung des Staates durch begründete Zurechnung zum Angeklagten.....	909
aa) Wirksamer Verzicht des Angeklagten .....	909
bb) Einschränkungen infolge des Verhaltens des Angeklagten...	911
d) Mögliche Exkulpationen des Staates infolge der unzulässigen Überwachung.....	912
3. Grundsätze und Instrumente der Umsetzung der staatlichen Verpflichtung.....	913
4. Zu den Besonderheiten der Wahlverteidigung.....	915

Inhaltsverzeichnis	35
V. Zusammenfassung .....	918
<i>Kapitel 10</i>	
<b>Ergebnisse und Perspektiven</b>	920
§ 1 Zusammenfassung: Das faire Verfahren des Art. 6 EMRK als Recht auf konkrete und wirksame Teilhabe durch Verteidigung .....	920
§ 2 Schlussbetrachtung und Ausblick .....	927
<b>Schrifttumsverzeichnis</b> .....	930
<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	987